

BM Holberg erklärt, dass der Verwaltungsvorstand der Einladung von Johannes Winkel ins Düsseldorfer Innenministerium gefolgt sei. Der Verwaltung sei in einem zweistündigen Gespräch vor dem neunköpfigen Gremium die Möglichkeit gegeben worden, die Situation Bergneustadts, z. B. anhand Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftsentwicklung, Steueraufkommen, Sparanstrengungen, ausführlich und anschaulich zu schildern. Das Ergebnis sei ernüchternd, man habe keinen positiven Eindruck aus diesem Gespräch mitgenommen. Wie bereits von Herrn Knoop in der heutigen Presse wiedergegeben, „sei man mit leeren Händen heimgekehrt“.

Auch über den zu erwartenden weiteren Fortgang im Verfahren könne die Verwaltung nichts berichten. Ob ein Beauftragter komme oder ob der Stadtrat aufgefordert werde, seinen Beschluss von 959 Steuerpunkten nachzubessern, liege im Ermessen der Landesregierung. Ferner sei mitgeteilt worden, dass eine Ausnahme von den Regeln des Stärkungspakts für Bergneustadt einen Präzedenzfall darstellen würde, auf den sich andere Kommunen berufen könnten, was nicht gewollt sei.

BM Holberg berichtet weiter, dass ihm lediglich eine schriftliche Antwort des Innenministers Ralf Jäger auf sein Schreiben von November zugesagt worden sei. Er sagt zu, dieses Antwortschreiben zeitnah nach Eingang an die Stadtverordneten weiterzuleiten. In diesem Zusammenhang teilt BM Holberg ergänzend mit, dass er gefragt worden sei, ob der Rat der Stadt gewillt sei, einen korrigierenden Beschluss zu fassen. Hierauf habe er erklärt, dass er sich nach persönlicher Einschätzung überhaupt nicht vorstellen könne, dass dies geschehen werde.

Aufgrund einer Nachfrage des Stv. Hoene sagt BM Holberg zu, dass zwar kein Protokoll über das Gespräch erstellt wurde, die Namen der neun Gesprächsteilnehmer Stv. Hoene zur Verfügung zu stellen.

Ergänzend führt die Verwaltung aus, dass man sich sicher sei, dass bis zum 30. Juni eine Antwort des Innenministeriums vorliegen werde und die notwendigen Beschlüsse gefasst werden. Dies sei der letzte Termin, bis zu dem es noch möglich sei, die Gemeindesteuern rückwirkend ab dem 1. Januar nachzufordern. In welcher Form dies seitens der Landesregierung geschehe, bleibe abzuwarten.

In der sich anschließenden Diskussion sind sich die Ausschussmitglieder einig, die bisher eingeschlagene Strategie weiter zu verfolgen. Der Stadtrat solle allerdings nicht bis zur Bekanntgabe der möglichen Konsequenzen durch das Innenministerium warten, sondern bereits jetzt alle möglichen Szenarien durchspielen, um darauf vorbereitet sein.

Der Haupt- und Finanzausschuss einigt sich darauf, die Diskussion in der Lenkungsgruppe Stärkungspakt fortzuführen und weitere Schritte zu bestimmen.

BM Holberg sagt daraufhin die kurzfristige Einladung der Lenkungsgruppe Stärkungspakt zu.